

Nein zum Blauhelm, Ja zur Uno

eine weltweite Partnerschaft einzubinden, war die Leitlinie des Münchner Wirtschaftsgipfels. Auch Deutschland hat hier Wort gehalten. Trotz unserer inneren Ausnahmesituation und enormen Hilfsleistungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der neuen Demokratien zwischen Bug und Wladiwostok ist unser Entwicklungshilfeetat auch seit 1990 weiter gewachsen. Wir werden auch in Zukunft substantiell zur Überbrückung der Armutskluft zwischen Nord und Süd beitragen. In diesem Sinn ist auch unser Angebot für Bonn als Standort für einen Teil der UN-Entwicklungsaktivitäten zu verstehen.

- > Was not tut, ist ein tiefgreifender technologischer Wandel in den Bereichen Verkehr, Energie, Industrieproduktion, Wohnungsbau und Landwirtschaft hin zu einer neuen Generation umweltschonender Technologien. In Umsetzung der Ergebnisse von Rio de Janeiro muß es zu verbindlichen Richtwerten für die Reduktion von CO₂-Emissionen und zu einem wirksamen Schutz der Wälder kommen.
- > Die schwierigste Aufgabe ist zugleich eine der wichtigsten: eine verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik. Hier sind Veränderungen nötig, die tief in die Individualsphäre der Menschen hineinreichen. Hauptansatzpunkt muß die Verbesserung der sozialen Stellung der Frauen in den Entwicklungsländern sein. Die Menschen haben ein Recht darauf, die Größe ihrer Familie selbst zu bestimmen. Familienplanung muß in der Entwicklungsstrategie einen neuen Stellenwert bekommen. Die Bedeutung der Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung im Jahre 1994 und der Weltfrauenkonferenz im Jahre 1995 kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden.
- > Die Hilfe der Industriestaaten kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Auch muß die Lehre aus dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie gezogen werden: Zwangsherrschaft macht entwicklungsunfähig.

Auf einen Nenner gebracht: Notwendig ist ein Aufbruch weg von kurzfristigem Egoismus und Raubbau an der Natur hin zur Zukunftssicherung, zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zum Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie. In dieser Zeit wachsender persönlicher Freiheit müssen wir auch zu Solidarität und zur Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl fähig bleiben.

Der verantwortungsvolle Gebrauch der Freiheit, das ist die eigentliche Herausforderung am Ende dieses Jahrhunderts. In diesem Sinne muß die Welt, müssen Ost und West, Nord und Süd, um der Zukunft unserer Kinder willen zu einer Lerngemeinschaft werden. Wir müssen in einer neuen Welt gemeinsam das Überleben lernen!

Keine Institution ist mehr dazu berufen, zur zentralen Instanz dieser Lerngemeinschaft zu werden, als die Vereinten Nationen: 1995 ist der 50. Jahrestag ihrer Gründung. Lassen Sie uns gemeinsam dieses Forum bis dahin so stärken, daß es den Hoffnungen der Menschen in aller Welt gerecht werden kann. Vergessen wir nicht: Wir – die Staaten – werden die Weltorganisation bekommen, die wir verdienen!

Deutschland hat die dramatischen Umbrüche unserer Tage, den Zwiespalt von Chancen und Risiken, Hoffnungen und Zukunftsängsten wie kaum ein anderes Land am eigenen Leibe erfahren. Wir sind wieder vereint. Dafür sind wir dankbar, sehr dankbar. Die für uns jetzt vorrangige Aufgabe ist die innere Vereinigung unseres Volkes. Sie beansprucht uns bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit.

Trotzdem haben wir für den Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas und der GUS-Staaten mehr an Hilfe geleistet als alle übrigen Staaten zusammen. Wir nehmen von allen europäischen Staaten mit unserem liberalen Ausländerrecht weitaus die meisten Asylbewerber auf – wohl 400 000 in diesem Jahr. 220 000 Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina haben bei uns Zuflucht gefunden.

Wir sind in Europa und weltweit der Hauptmagnet für die große soziale Weltwanderungsbewegung von Ost nach West, von Süd nach Nord. Angesichts nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, insbesondere in unseren östlichen Landesteilen, eine außerordentliche Belastung für unserer Bevölkerung. Dies muß man sehen, wenn man der Haltung unserer Bevölkerung gegenüber Ausländern gerecht werden will. Wenn ich dies hervorhebe, will ich jedoch nichts beschönigen: Der Haß und der Terror einer Minderheit von Radikalen in unserem Land gegen Asylsuchende ist eine Schande für Deutschland. Ich bedaure dies zutiefst. Aber ich füge hinzu: Dies ist nicht die Haltung der großen Mehrheit der Deutschen gegenüber Ausländern! In meinem Land leben 6,3 Millionen Ausländer harmonisch mit der deutschen Bevölkerung zusammen. Jahr für Jahr stellt unsere Bevölkerung ihre Solidarität mit ausländischen Menschen durch umfangreiche Hilfsaktionen unter Beweis – durch großzügige Spenden gegenüber den Menschen in der ehemaligen Sowjetunion, umfangreiche Hilfe für die Kurden oder die hungernden Menschen in Somalia.

Deutschland verdankt seine Einheit dem Abbau der Konfrontation in Europa und dem Vertrauen, das wir uns durch unsere europäische Politik und den Verzicht auf nationale Alleingänge erworben haben. Daraus entnehmen wir für uns eine Verpflichtung: Wir werden auch in Zukunft unser Gewicht voll in die Waagschale der europäischen Einigung und der weltweiten partnerschaftlichen Zusammenarbeit gerade in den Vereinten Nationen legen. Wir werden uns mit aller Kraft für Menschenrechte und gegen Unterdrückung, für weltweite Solidarität und gegen übersteigerten Nationalismus einsetzen. Das ist der Kern der Außenpolitik des vereinten Deutschlands, für die ich stehe.

Nein, weil es in der Mogelpackung der Rechten nicht um die UN geht, sondern um nationale Macht. Macht in der NATO und in der EG/WEU: Wir sind wieder wer, und das zeigen wir mit ›blanker Waffe‹ und ›deutschem Blut‹ doch viel besser als mit verweichlichten Argumenten und angezogenen Spendierhosen. Die deutschen Farben neben dem Sternenbanner, viel besser: hinter der blauen Uno-Flagge, das erhält der Bundeswehr den Sinn und rechtfertigt einen hohen nationalen Rüstungsetat.

Nein, weil selbst ein striktes Verfassungsverbot jeder militärischen Beteiligung an Zwangsmaßnahmen der UN mit deren Charta vereinbar ist, solange das legitime kollektive Gewaltmonopol der Weltorganisation gestärkt wird. Denn das Ziel der Charta ist Abrüstung und gewaltfreie Politik. Warum spricht keiner der sogenannten Entscheidungsträger über diese zivile Option fürs Grundgesetz? Konkrete Vorschläge zuhauf enthält die ›Agenda für den Frieden‹ des Generalsekretärs Boutros-Ghali.

Nein, weil auch die UN-Politik der größten Oppositionspartei sich an nationalistischen Stimmungen orientiert. Nur so ist verständlich, daß ihre Spitzenpolitiker die sicherheitspolitische Kehrtwendung an die Bedingung von ›reformierten Vereinten Nationen‹ binden, ohne je zu präzisieren, was sie – hoffentlich noch – trennt von den reaktionären Perspektiven, die seit Reagan-Zeiten die Debatte um eine vorgebliche ›UN-Reform‹ publikumswirksam prägen.

Ja zum Kurs von Boutros-Ghali, unter Beachtung der Charta-Beschränkungen für die legitime Gewaltandrohung und -anwendung: Kapitel VII, einschließlich der Bestimmungen über den bisher nur formal bestehenden Generalstabsausschuß, muß die Richtschnur bleiben. Nein zu ›Reformen‹, die den Einfluß der Hegemonialmächte weiter verstärken und legitimieren.

Ja zum entschiedenen Ausbau der zivilen Ordnungsrolle der UN, vor allem zur Verhinderung von Kriegen zwischen Staaten und Bürgerkriegsparteien, aber auch nach solchen Konflikten. Boutros-Ghali verweist auf die lange Skandalkette: Lähmung der UN beim Eintreten von Krisen wegen des immer neuen Streits über Ad-hoc-Finanzierung und Zahlungsverweigerungen (größter Schuldner sind seit mehr als zehn Jahren die USA). Soldaten und normales Gerät für UN-Blauhelm-Aktionen waren und sind kein Problem – so Boutros-Ghali –, sondern ihre Finanzierung: 1992 lächerliche zwei bis drei Mrd US-Dollar für alle Blauhelm-Aktionen (bei einem Rüstungsetat von rund 33 Mrd Dollar in Deutschland, rund 250 Mrd in den USA). Personelle Engpässe, so der Generalsekretär, gebe es hingegen immer wieder bei Polizeikräften und Zivilpersonal; die vorbeugende UN-Diplomatie, die Friedenskonsolidierung und die Beseitigung von Konfliktursachen seien praktisch inexistent und völlig unterfinanziert. Wie seine Vorgänger fordert Boutros-Ghali die Kooperation gerade auch der reichen Mitglieder ein, beklagt ihre mangelnde Satzungstreue – mit anderen Worten das durch die Reichen erzwungene, satzungswidrige ›Konsensprinzip‹ bei der Festlegung von Aufgaben und Haushalt, wodurch jeder Ansatz zu einer effizienten Weltinnenpolitik stranguliert wird – und verlangt konkret Weltsteuern für Staaten, Unternehmen und den einzelnen Weltbürger. Womit er recht hat, denn schließlich liegt der Jahreshaushalt aller UN-Organisationen und -programme – von Entwicklungshilfe bis zu Blauhelm-Aktionen, freiwillige und Pflichtbeiträge summiert – nur bei etwa der Hälfte des öffentlichen Haushalts einer mittleren Großstadt wie Berlin.

Und der Generalsekretär ist natürlich nicht allein in dieser Sicht der Dinge. So fordert inzwischen Maurice Bertrand, prominenter Diskutant in den Erörterungen einer UN-Reform seit Mitte der achtziger Jahre, die kleinliche Erbsenzählerei aufzugeben und für eine ökologische und ökonomische Sicherheitspolitik das Zehnfache der gegenwärtigen Entwicklungshilfe aufzuwenden.

Von all dem merkt man in der deutschen UN-Debatte nichts: Die Böcke des alten Denkens verkaufen sich weiterhin als Gärtner der Weltgesellschaft.

Jens Naumann □